

- Bitte entweder direkt nach Zielona Góra senden, oder bis zum 20. August an Umweltgruppe Cottbus, Straße der Jugend 94, 03046 Cottbus. Wir geben die Briefe dann rechtzeitig gesammelt ab. -

Urząd Marszałkowski Województwa Lubuskiego
ul. Podgórna 7
65-057 Zielona Góra
Polska

Fax: +48 68 456 52 96
E-Mail: plan@lubuskie.pl

Einwendung zum Raumordnungsplan der Wojewodschaft Lubuskie

Sehr geehrte Frau Marschallin, sehr geehrte Damen und Herren,

das Land Brandenburg hat die Pläne zur Fortschreibung des Raumordnungsplanes der Wojewodschaft Lubuskie ausgelegt und im Internet veröffentlicht. Als Teil der betroffenen Öffentlichkeit möchte ich hiermit zu der Planung Stellung nehmen.

Ich wende mich gegen jede raumplanerische Ausweisung oder Festlegung, die einen Braunkohlenabbau im Bereich Gubin-Brody sowie ein neues Großkraftwerk ermöglichen würde. Eine Ausweitung des Braunkohlenbergbaus ist weder auf deutscher noch auf polnischer Seite der Neiße verantwortbar. Die folgenden Gründe lassen keine andere Schlußfolgerung zu als den Verzicht auf das Abbauvorhaben und dafür die Zuweisung von anderen Raumfunktionen in der Region Gubin:

- Die im Planentwurf als "Problemgebiet" ausgewiesenen Gebiete und Ortschaften dienen der Erholung der Menschen auch auf der deutschen Seite der Grenze. Diese Funktion würde bei einem Braunkohletagebau dauerhaft entfallen. Sie kann nicht an anderer Stelle ausgeglichen werden.
- Die Entwertung des landschaftlichen Umfeldes würde auch die wirtschaftlichen Zukunftsperspektiven der Städte Guben und Forst, der Gemeinde Schenkendöbern und des Ortes Grieben beeinträchtigen. Dies kann bis zu einer (weiteren) Entwertung der Grundstücke gehen.
- Angesichts der Vorbelastung durch den Braunkohletagebau Jänschwalde ist den nahe der Grenze lebenden Menschen eine weitere Verschlechterung ihres Umfeldes nicht zumutbar. Mehrere Ortschaften sind bereits jetzt auf einen schmalen Streifen zwischen dem Tagebau und der Neiße als Lebensraum angewiesen. Das Problemgebiet Gubin-Brody befände sich vielerorts sogar in Sichtweite und würde das direkte Lebensumfeld massiv weiter beeinträchtigen. Ebenso drohen direkte Einflüsse durch Lärm- und Staubemissionen. Es gäbe praktisch keine Windrichtung mehr, bei der die Menschen von negativen Tagebaueinflüssen verschont blieben.
- Der ausgelegte Umweltbericht ist so lückenhaft, dass eine Einschätzung der Auswirkungen der Raumplanung unmöglich ist. So fehlen jegliche konkrete Angaben zu den Auswirkungen des geplanten Tagebaus. Es fehlen auch Angaben zu den Betroffenheiten der FFH-Gebiete auf polnischer Seite (SOO Jeziora Brodske, SOO Uroczyska Borow Zasiękich, SOO Mierkowskie Wydmy) und auf deutscher Seite (u.a. Pastlingsee Ergänzung, Feuchtwiesen Atterwasch, aber auch die aquatischen FFH-Gebiete der Oder und Neiße). Dies ist in sich bereits ein Verstoß gegen die europäische FFH-Richtlinie.
- Die Gewinnung von Braunkohle zur Stromerzeugung ist nicht mit dem Schutz des Weltklimas verträglich. Braunkohle ist unter allen fossilen Brennstoffen derjenige mit dem höchsten spezifischen CO₂-Ausstoß. Der Bau eines weiteren Braunkohle-Großkraftwerkes konterkariert alle Bemühungen um die Senkung der CO₂-Emissionen durch Ausbau erneuerbarer Energien und Senkung des Energieverbrauches. Der Gemeinwohlbelang des Klimaschutzes überwiegt daher deutlich die wirtschaftlichen Interessen an der Kohlegewinnung und -verstromung. Zudem erscheint in der Nähe des "Problemgebietes" eine nennenswerte Nutzung von Kraft-Wärme-Kopplung unrealistisch, so dass die Verstromung in mehrerer Hinsicht extrem ineffizient wäre.
- Sollte der Investor des Kraftwerkes die Anwendung der CCS-Technologie erwägen, so führt die Verpressung von CO₂ in salzwasserführende Schichten zu einem nicht verantwortbaren Risiko durch Leckagen und durch Aufstieg von Salzwasser in nutzbare Grundwasserstockwerke. Auch

diese Auswirkung bliebe nicht auf das Gebiet der Republik Polen beschränkt, sondern bedroht insbesondere Teile des Bundeslandes Brandenburg. Eintretende Schäden wären nicht reparabel.

- Auch die obertägige Gewinnung der Braunkohle selbst ist mit schwersten Eingriffen in den Wasserhaushalt verbunden. Das Kohleflöz ist durch eiszeitliche Rinnen unterbrochen, so dass auch eine unterirdische Abdichtung nicht möglich ist. Durch Versauerung kann die Qualität des Grundwassers wie auch der Neiße geschädigt werden. Das bis 3000 MW große Neubaukraftwerk wird große Mengen Kühlwasser verbrauchen, das dem Wasserhaushalt der Region entzogen wäre.
- Die Bürger der polnischen Gemeinden Gubin-Land und Brody haben in Bürgerentscheiden die Eröffnung eines solchen Tagebaues klar abgelehnt. Diese demokratische Entscheidung ist zu respektieren.

Überdies erfüllen die ausgelegten Unterlagen nicht die formalen Anforderungen an eine grenzüberschreitende Öffentlichkeitsbeteiligung:

- So handelt es sich offensichtlich nicht um eine originalgetreue Übersetzung des Umweltberichtes, wenn dieser im polnischen Original mehr Kapitel aufweist als in der ausgelegten deutschen Fassung.
- Bei den in polnischer Sprache im Internet veröffentlichten Unterlagen enthält insbesondere der Ordner "Zmiana PZPWL" zahlreiche Textdokumente, die offensichtlich nicht in die deutsche Sprache übertragen und nicht in Brandenburg ausgelegt wurden. Ich kann nicht einschätzen, welche dieser Informationen grenzüberschreitende Auswirkungen betreffen, von denen meine Belange betroffen sein können.
- Die Qualität der Übersetzung in die deutsche Sprache ist für eine formelle Beteiligung nicht ausreichend. Es werden regelmäßig Begriffe und Redewendungen verwendet, die im Deutschen nicht üblich sind, dabei besteht für den Leser keine Klarheit, mit welchen – klar definierten – fachlichen oder rechtlichen Begriffen diese identisch sein sollen.

Die Prüfungen im Umweltbericht sind nicht vollständig:

- In der Prognose der Entwicklung ohne Umsetzung des Planes wird die Entwicklung der Region Gubin/Brody bei Verzicht auf den Braunkohlenabbau gar nicht thematisiert.
- Die Standsicherheitsrisiken einer Bergbaufolgelandschaft werden nicht betrachtet, sie können die langfristig in Aussicht gestellte Erholungsnutzung in Frage stellen.
- Die Notwendigkeit und mögliche Alternativen zum Aufschluß des Tagebaugebietes Gubin-Brody – insbesondere Konzeptalternativen ohne Braunkohlenutzung – werden nicht ausreichend geprüft.

Die Beteiligung ist demnach mit vollständigen und korrekten Unterlagen zu wiederholen.

Mit freundlichen Grüßen,

Name	Anschrift	Unterschrift

Bitte Name und Anschrift GUT LESBAR eintragen.